



Elgen Sauerborn

**Der Auftritt der Zivilgesellschaft
im transdisziplinären Dialog
zur Energiewende**

Die Autorin

Elgen Sauerborn M.A., studierte Soziologie und Komparatistik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und an der AGH University of Science and Technology in Krakau. Zurzeit beendet sie ein weiteres, forschungsorientiertes Masterstudium an der Humboldt-Universität zu Berlin und promoviert an der Freien Universität Berlin. Sie arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft im Maecenata Institut.

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin. Seit 2004 ist das Institut durch Vertrag in der Form eines An-Instituts an die Humboldt-Universität zu Berlin (Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften) angegliedert.

Weitere Informationen unter: www.institut.maecenata.eu

Die Reihe Opuscula

Die Reihe **Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Nach der Umstellung der Publikationsstruktur des Maecenata Instituts in 2008, ist die Reihe *Opuscula* neben den im Verlag Lucius&Lucius erscheinenden *Maecenata Schriften*, ein wichtiger Publikationsweg des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für eine beständige Verfügbarkeit. Eine Übersicht der neuesten Exemplare erhalten Sie auf der letzten Seite jeder Ausgabe.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter: <http://www.opuscula.maecenata.eu>

Impressum

Herausgeber

MAECENATA Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin,
Wilhelmstr. 67, D- 10117 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Christian Schreier

ISSN (Web) 1868-1840

URN: urn:nbn:de:0243-092013op659



Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/).
Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.
Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Maecenata Institut, Berlin 2013

Inhalt

Vorwort.....	4
1. Dialogreihe zur Energiewende der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance	6
2. Hypothesen und Fragestellung	6
3. Stand der Forschung	8
4. Theoretische Annahmen und empirische Vorgehensweise.....	10
4.1 Neo-Institutionalismus als theoretischer Rahmen der Analyse	10
4.2 Organisationsanalyse, teilnehmende Beobachtung und qualitative Interviews	11
5. Ergebnisse	12
5.1 Formale Analyse der teilnehmenden Organisationen und AkteurInnen	12
5.2 Ergebnisse der teilnehmenden Beobachtung	13
5.3 Ergebnisse der qualitativen Interviews	16
5.3.1 Eigenes Rollenverständnis der AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft.....	16
5.3.2 Einschätzung der Gesprächs- und Diskussionskultur	18
6. Kritikpunkte	20
7. Wissenschaftliche und praktische Anschlussfähigkeit.....	22
Literaturverzeichnis	25

Vorwort

Im Zusammenhang mit großen öffentlichen Vorhaben, die weitreichende politische Steuerungen voraussetzen, ist Partizipation zu einer der entscheidenden Gelingensbedingungen geworden. Alle empirischen Erfahrungen der letzten Jahre belegen, daß solche Vorhaben ohne funktionierende partizipative Mechanismen fast undurchführbar sind oder zumindest das Verfahren sehr viel weiter verlängern, als dies bei einem frühzeitig organisierten Partizipationsprozeß der Fall wäre. Hinzu tritt das entscheidende demokratiethoretische Argument, das einer offenen und möglichst viele Betroffene, Interessierte und Sachkundige einbeziehenden Phase der politischen Deliberation eindeutig den Vorzug vor konventionellen Entscheidungsvorbereitungen hinter verschlossenen Türen den Vorzug gibt. Auch erscheint die Berücksichtigung alternativer Gesichtspunkte und Interessen als der der Bauherren, Parlamentarier oder Verwaltungen zur Wahrung des sozialen Friedens unabdingbar. Schließlich kann angesichts der Komplexität der Themen auf die Kompetenz von Experten und Organisationen möglichst vielfältiger Provenienz nicht mehr verzichtet werden. Offene dialogische Verfahren haben sich als besonders geeignet erwiesen, die Vielfalt der Ansätze über moderierte Prozesse miteinander zu verknüpfen und womöglich konsensuale Ergebnisse oder zumindest Verständnis für andere Positionen als die eigene herbeizuführen.¹

Wie solche partizipative Prozesse erfolgsversprechend zu organisieren sind, gibt es unterschiedliche Modelle und relativ wenig Erfahrungen. In der Durchführung kommt freilich nach weithin herrschender Meinung der organisierten Zivilgesellschaft besondere Bedeutung zu, die freilich konzeptionell neu zu entwickeln ist, zumal sich traditionelle Beteiligungsverfahren von Verbänden oder Bürgern nicht nur wegen des späten Zeitpunkts des Einbezugs in das Verfahren als relativ untauglich erwiesen haben.

In dem an der Humboldt Viadrina School of Governance von Prof. Dr. Gesine Schwan geleiteten sogenannten Dialog zur Energiewende ist experimentell der Einbezug der organisierten Zivilgesellschaft von Anfang an und auf gleicher Augenhöhe erprobt worden. Dieser Ansatz stellte die Organisatoren vor besondere Herausforderungen. Zum einen setzt sich die Zivilgesellschaft aus großen, schon von jeher an politischen Deliberationsprozessen aller Art beteiligten Akteuren ebenso zusammen wie aus spezialisierten, thematisch orientierten Gruppen und relativ unorganisierten Bewegungen. Zum zweiten ist die Zivilgesellschaft insgesamt aus ihrer Handlungslogik heraus nicht repräsentativ verfaßt. Die Auswahl der Gesprächspartner mußte daher durch die Organisatoren erfolgen, die damit

¹ S. hierzu: Steven Johnson, Wo gute Ideen herkommen. Eine kurze Geschichte der Innovation. Bad Vilbel 2013 (engl. Where Good Ideas Come From. New York/London 2010)

auch die Verantwortung für diese Auswahl übernehmen mußten. Zum dritten war es der Natur des hier durchzuführenden Prozesses geschuldet, daß es hier nicht um die Einbeziehung einer Zivilgesellschaft im Sinne der Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern vielmehr „nur“ um die Beteiligung von in sich durchaus verfaßten zivilgesellschaftlichen Organisationen gehen konnte.² Damit wurde bewußt Kompetenz über Betroffenheit und Breite der Meinungen gestellt.

Neuartigkeit und Besonderheiten legten nahe, diese Erprobung im Wege der teilnehmenden Beobachtung wissenschaftlich zu begleiten. Es galt, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie sich die Akteure der Zivilgesellschaft (von „Vertretern“ der Zivilgesellschaft zu sprechen, ist zumindest mißverständlich) in einen solchen strukturierten Prozeß einbringen, wie sie von anderen Teilnehmern aufgenommen werden und wie sie ihre Mitwirkung selbst beurteilen. Auf diese Fragen versucht die hier vorgelegte Studie, erste Antworten zu finden. Sie wurde im Zeitraum von November 2012 bis Juli 2013 erstellt. Der knappe Zeitrahmen und die Beschränkungen des möglichen Untersuchungsrahmens setzen naturgemäß den erzielbaren Ergebnissen Grenzen. Zweifellos besteht erheblicher weiterer Forschungsbedarf sowohl zu den Prozessen selbst als auch zum Auswahlverfahren und zu anderen kritischen Aspekten. Dennoch hat, wie wir meinen, die Analyse des hier im Rahmen des Projekts ‚Energiewende‘ erprobten partizipativen Ansatzes wertvolle Hinweise für dessen Weiterentwicklung und Übertragung erbracht und Indizien für seine Überlegenheit gegenüber anderen Verfahren der Entscheidungsvorbereitung und politischen Sensibilisierung für weitreichende Steuerungsnotwendigkeiten geliefert. Die Formulierung und Umsetzung einer neu konzipierten Partizipationspolitik unter Einbezug der Zivilgesellschaft kann im Ergebnis der Untersuchung als weiterführend und machbar bezeichnet werden.

Die Untersuchung wurde im Wesentlichen von meiner Kollegin Elgen Sauerborn M.A. durchgeführt. Ihr gebührt für das gezeitigte Ergebnis herzlicher Dank. Der Humboldt Viadrina School of Governance danke ich besonders für die Gelegenheit, dieses aktuelle Thema so praxisnah bearbeiten zu können.

Berlin, im August 2013

Dr. Rupert Graf Strachwitz
Direktor des Maecenata Instituts

² Zur Unterscheidung siehe: Christopher Gohl, Prozedurale Politik am Beispiel organisierter Dialoge. Berlin 2011

1. Dialogreihe zur Energiewende der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance

Die HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance führt seit März 2012 mit Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Robert Bosch Stiftung und die Helmholtz Gemeinschaft eine sogenannte Dialogreihe zur Energiewende durch. AkteurInnen aus Politik, dem Unternehmenssektor und der organisierten Zivilgesellschaft können gemeinsam mit VertreterInnen aus der Wissenschaft und den Medien in dem von Prof. Dr. Gesine Schwan geleiteten Format zu nachhaltigen Lösungen zur politisch beschlossenen Energiewende beitragen, da Möglichkeiten transdisziplinär diskutiert werden.

Seit Beginn der Dialogreihe wurden bisher sechs Plenumsdialoge und 15 Unterdialoge zu den Themen „Visionen“, „Prozessverantwortlichkeit“, „Europa“ sowie „Innovationen und „Energieeffizienz“ durchgeführt. Im Rahmen der vorliegenden Begleitforschungsarbeit wurden zwischen November 2012 und Juni 2013 drei Plenums- sowie neun Unterdialoge beobachtend begleitet und mehrere leitfadengestützte Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren durchgeführt.

2. Hypothesen und Fragestellung

Die Partizipation zivilgesellschaftlicher AkteurInnen an komplexeren Deliberationsprozessen ist relativ neu und demzufolge auch wenig erforscht. Aus diesem Grund wurde für die „Dialogreihe Energiewende“ der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance ein Begleitforschungsprojekt ins Leben gerufen, das besondere Rücksicht auf die Arena der Zivilgesellschaft legt. Dies ist daher sowohl von wissenschaftlicher als auch pragmatischer Relevanz, da angestrebt wird, Dialogreihen solcher Art zukünftig fortzusetzen.

Vor dem Hintergrund der Annahme, dass zivilgesellschaftliche AkteurInnen in deliberativen Prozessen vor spezifischen Problemen stehen, war ein Fokus der Begleitforschung auf diesen Sektor vonnöten: Ausgangspunkt des Begleitforschungsprojekts war, dass VertreterInnen der Zivilgesellschaft weder in der Lage, noch verpflichtet sind, einheitliche Positionen zu vertreten und daher potentiell völlig unterschiedliche Standpunkte repräsentieren.

Oft selbst nicht beruflich für ihre Organisationen tätig, so die Vermutung, können die AkteurInnen der Zivilgesellschaft dabei nur schwer das Informations- und Kompetenzniveau der VertreterInnen anderer Arenen erreichen. Dies gilt in besonderem Maße für VertreterInnen von kleineren, am Rande oder außerhalb der sogenannten organisierten

Zivilgesellschaft stehenden Organisationen, welche andererseits innerhalb der Zivilgesellschaft und in der Kommunikation mit anderen Arenen laufend an Bedeutung gewinnen.

Zudem wurde davon ausgegangen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen noch vielfach in der Situation sind, sich die Teilnahme an ‚hochrangigen‘ Diskursen erkämpfen zu müssen. Die VertreterInnen fühlen sich zwar einerseits durch die Einladung geehrt, glauben aber andererseits viel mehr als andere, die Gelegenheit zum Marketing für ihre Organisation nutzen zu sollen. Dies liegt auch daran, dass sich an Themen ausgerichtete zivilgesellschaftliche Interessen kaum repräsentativ organisieren lassen. Anders ausgedrückt: Es gibt niemanden, der sich anmaßen könnte, für „die Zivilgesellschaft“ zu sprechen. Andererseits wird unterstellt, dass VertreterInnen der Zivilgesellschaft besonders viel Empathie und Engagement einbringen und daher oft kontinuierlicher daran mitwirken als andere.

Schließlich wird ihre Legitimation vielfach bestritten, sie gelten - nicht immer zu Unrecht - als InteressenvertreterInnen, obwohl sie in ihrer Argumentation idealtypisch in besonderer Weise thematisch und gerade nicht interessengeleitet sein sollten. Dieser Nimbus haftet zwar VertreterInnen der Wirtschaft noch deutlich stärker an, jedoch wird von diesen die Verfolgung von Partikularinteressen von vornherein erwartet. Von einzelnen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen hingegen wird fälschlicher Weise oft eine nicht erfüllbare, weil widersprüchliche objektive Gemeinwohlorientierung verlangt. Die pluralistische Zivilgesellschaft als Ganzes kann diesen Anspruch einlösen. Das Gemeinwohlbewusstsein einzelner VertreterInnen ist jedoch stets ein subjektives.

Insgesamt lässt sich jedenfalls konstatieren, dass die genannten Mängel ihrer Organisierbarkeit und das Fehlen von Sprecherrollen die einzelnen VertreterInnen in derartigen dialogischen Verhandlungssituationen eine schwierige Ausgangsposition erkennen lassen. Gleichzeitig bleibt unklar, wie die Zivilgesellschaft in partizipative Prozesse so eingebunden werden kann, dass ihre Handlungslogik nicht in Gefahr ist, ihre Stimme aber dennoch wirksam zu Gehör gebracht werden kann. Die Einbindung und Durchsetzungsfähigkeit von VertreterInnen der Zivilgesellschaft in dialogische Deliberationsprozesse wirft demzufolge andere Fragen auf als die der übrigen Beteiligten.

Aus diesem Grund sollte der Auftritt der Zivilgesellschaft unter der Thematik „VertreterInnen der Zivilgesellschaft in dialogischen Prozessen: Auswahl, Auftritt, Handlungslogik, eigenes Rollenverständnis, Interaktion mit den AkteurInnen und Partizipationspotenziale, am Beispiel des Dialogs zur Energiewende“ untersucht werden. Der Fragestellung sollte im Wege der

teilnehmenden Beobachtung bei den Plenums- und Untertrialogrunden sowie mit qualitativen Interviews mit einigen Beteiligten aus der Zivilgesellschaft nachgegangen werden.

3. Stand der Forschung

Die aktuelle Forschung zur Teilnahme von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zu Großprojekten wie der Energiewende bezieht sich größtenteils auf die Partizipation von BürgerInnen aus der nichtorganisierten Zivilgesellschaft. Aufgrund der demokratischen Legitimation und der gesellschaftlichen Konsensfähigkeit eines solch weitreichenden Vorhabens ist die Bedeutsamkeit der Entscheidungsteilhabe von BürgerInnen unumstritten. Die Notwendigkeit von deliberativen Beteiligungsprozessen wird demzufolge kaum angezweifelt (vgl. Renn 2013, NN: Akzeptanz für Großprojekte 2012).

Doch ist die aktuelle Rolle der BürgerIn zurzeit häufig negativ besetzt: „Politikverdrossenheit, St-Florians-Prinzip, Wutbürger, Protestkultur, Besitzstandwahrung, Anspruchsmentalität - diese Schlagworte kennzeichnen die aktuelle Debatte um die Rolle des Bürgers in unserer heutigen Gesellschaft“ (Renn 2013: 71). Insbesondere in Zusammenhang mit energiepolitischen Maßnahmen wird der BürgerIn oftmals eine „Nimby“ („not in my backyard“)-Haltung zugesprochen, was bedeutet, dass Partizipation vor allem dann besonders ausgeprägt ist, wenn die BürgerInnen persönlich von bestimmten Vorhaben oder Maßnahmen betroffen sind.

Im Rahmen einer Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung und bp wurden jedoch Engagierte, die sich gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende einsetzen, befragt, und es zeigt sich, dass sie solche Zuweisungen strikt von sich weisen. Als überdurchschnittlich gut ausgebildete Personen (vgl. Marg/Hermann et al. 2013: 100) versuchen sie vielmehr, auf der Grundlage rationaler Argumente und mit erworbener Expertise, Einfluss auf öffentliche Projekte zu nehmen (vgl. ebd.). Die AutorInnen dieser Studie sprechen sich infolgedessen gegen eine zu eindimensionale Sicht auf die „Nimby“-Einstellung aus, da dadurch u.a. eine Dichotomie zwischen „guter“ und „schlechter“ Beteiligung aufgemacht werde und gleichzeitig der Schutz der Heimat nicht allein durch egoistische Interessen erklärt werden könne (vgl. ebd.: 103, 105).

Die gleiche Studie verweist auf eine zunehmende Organisation von BürgerInnen im Sinne der Gründung von Bürgerinitiativen oder darauf folgend Vereinen. Insbesondere letzteres wird vor allem mit einer höheren Zustimmung von außen, „ein[em] respektvollere[m] Verhältnis zu Medien und Politikern“ (ebd.: 112) sowie mit sachlich-strukturellen Vorteilen begründet (vgl. ebd.). Jene Organisationen werden häufig in Hinblick auf ein bestimmtes

Projekt, Vorhaben oder eine politische Maßnahme gegründet. Die Mitglieder engagieren sich dafür freiwillig neben ihrem Beruf. Obschon sich die Mitglieder, auch wenn sie nicht hauptberuflich für jene Organisation tätig sind, oftmals eine umfangreiche Expertise (vgl. ebd.: 100) aneignen, unterscheidet sich die Art der Professionalisierung im Vergleich zu derjenigen von AkteurInnen, die hauptberuflich für zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten.

Eine weitere umfangreiche Studie, die sich mit Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende befasst, wurde 2012 von RWE durchgeführt. Dabei wurde auch ein besonderer Fokus auf die organisierte Zivilgesellschaft in Form von Non-Profit-Organisationen gesetzt.

Im Rahmen dieser Studie wird deutlich, dass vor allem NGOs ein besonders hohes Ansehen haben, wenn es um Vertrauenswürdigkeit und Kompetenz geht (vgl. NN: Akzeptanz für Großprojekte 2012: 69). Demzufolge genießen diese zivilgesellschaftlichen Organisationen eine wesentlich höhere Glaubwürdigkeit als Parteien, Wirtschaftsverbände oder Unternehmen (vgl. ebd.).

NGOs und Bürgerinitiativen verfügten demnach über ein ausgesprochen großes Wissen und seien der Thematik gegenüber sehr enthusiastisch (vgl. ebd.: 71). Die Bedeutung der NGOs habe auch aufgrund des ExpertInnenwissens innerhalb der Organisation zugenommen. So stelle das Fachwissen der ExpertInnen aus NGOs einen wertvollen Mehrwert für Großprojektplanungen dar (vgl. ebd.: 223).

Ferner bestünde eine „wahrgenommene moralische Überlegenheit“ (ebd.: 72) der Organisationen, da man von Ihnen Gemeinnützigkeit und keine Profitorientierung erwarte. Dies wird ergänzt durch die hohe Geschwindigkeit ihrer Arbeit. Gleichzeitig, so die interviewten ExpertInnen der Studie, emotionalisierten NGOs besser als Unternehmen und ließen mitunter sachliche Argumente vermissen (vgl. ebd.: 71f.). So beschreibt Deutsche Bahn-Vorstandsmitglied Volker Kefer NGOs im Experteninterview wie folgt:

„Sie sind mit sehr viel Enthusiasmus und Leidenschaft dabei und häufig erstaunlich gut informiert. Ein intensiver Austausch verlangt jedoch nach inhaltlichem Tiefgang in der Argumentation. Die Kampagnen von NGOs oder Bürgerinitiativen führen aber oft weg von einer sachlichen Auseinandersetzung“ (ebd.: 197f.).

Zivilgesellschaftlichen Organisationen wird also auf der einen Seite ein immer größerer Stellenwert in Bezug auf Partizipation bei Großprojekten zugesprochen. Das äußert sich vor allem durch die erhöhte Glaubwürdigkeit, aber auch durch die Leidenschaft und das Fachwissen, welches den Mitgliedern von beispielsweise NGOs angehaftet ist. Andererseits

besteht die Annahme, dass inhaltliche Defizite in der rationalen Argumentation bestehen. Es zeigt sich deutlich, dass die Wahrnehmungen hinsichtlich der organisierten Zivilgesellschaft oftmals sehr heterogen sind.

4. Theoretische Annahmen und empirische Vorgehensweise

4.1 Neo-Institutionalismus als theoretischer Rahmen der Analyse

Der theoretische Rahmen, in den zum einen grundlegende Vermutungen eingebettet, zum anderen aber auch daraus folgende Fragen formuliert wurden, stellt das Konzept des Neo-Institutionalismus nach Meyer/Rowan bzw. DiMaggio/Powell dar. In diesem Kontext wird davon ausgegangen, dass sich die Strukturen und die Aktivitäten von Organisationen nicht allein auf eine ökonomische Effizienzorientierung reduzieren lassen, sondern dass Organisationen immer anstreben, gegenüber ihrer Umwelt als legitim zu erscheinen.

Dabei gehen die Autoren davon aus, dass sich Organisationsstrukturen in Hinblick auf institutionalisierte Erwartungen und Rationalitätsmythen zusammensetzen. Organisationen existieren demnach immer im Kontext von institutionalisierten Regeln (vgl. Meyer/Rowan 1977: 340f.). Die Legitimität der Organisationen wird gesichert, indem sie ihre internen Strukturen an externe Denkmuster und Werte anpassen. Aufgrund von Interdependenzen zwischen Organisationen und den genannten Umwelterwartungen gleichen sich die Organisationen zunehmend aneinander an, was die Autoren mit dem Phänomen des Isomorphismus erklären (vgl. ebd.: 346f.).

Im Rahmen des vorliegenden Forschungsprojekts wurde vor allem auf die sogenannten Umwelterwartungen eingegangen. Organisationen müssen auf diese Umwelterwartungen reagieren, um Legitimität von außen zu erhalten. Die Frage, die sich im Zuge dieser Arbeit daraufhin stellte, war diejenige nach der Bedeutung der Anpassung von Organisationen für die Zivilgesellschaft. Die Verhaltenserwartungen, die sich aus den Umwelterwartungen heraus ergeben, sind für die organisierte Zivilgesellschaft zu uneindeutig und heterogen, um daraus klare Handlungsorientierungen in jeder Situation zu erhalten. Gleichzeitig müssen die Organisationen sehr genaue Vorstellungen von ihren Umwelterwartungen vorweisen, um entsprechende Anpassungsleistungen zu vollbringen, damit sie ihre Legitimität gewinnen bzw. erhalten. Vor diesem Hintergrund stellte sich die Frage, wie sich der Mangel an eindeutig definierten Handlungsorientierungen auf das Verhalten der zivilgesellschaftlichen AkteurlInnen auswirkt.

DiMaggio/Powell beziehen sich in ihrem Aufsatz verstärkt auf Homogenisierungsprozesse und Erklärungen für die zunehmende Angleichung von Organisationen in modernen Gesellschaften. Die Autoren verwenden dafür den Begriff des Organisationsfeldes:

„By organizational field, we mean those organizations that, in the aggregate, constitute a recognized area of institutional life: key suppliers, resource and product consumers, regulatory agencies, and other organizations that produce similar services or products.“ (DiMaggio/Powell 1983: 148).

Kirchner (2012) beschreibt dieses Organisationsfeld unter Rückbezug auf DiMaggio/ Powell als „soziale Bezugsgruppe der Organisation“ (Kirchner 2012: 35). Da die Organisationen die gleichen Umwelterwartungen und –einflüsse teilen, nähern sie sich in ihren Strukturen und Prozessen zunehmend aneinander an.

Dabei wird zwischen drei Mechanismen unterschieden, durch welche sich Organisationen angleichen: zwingendem, mimetischem und normativem Isomorphismus (vgl. DiMaggio/Powell 1983: 150). Im Rahmen dieses Projektes soll sich vor allem auf letzteres konzentriert werden. Den Autoren zufolge entsteht normativer Druck hauptsächlich durch Professionalisierungen, die einander ähnlich strukturiert sind. Zwei Aspekte der Professionalisierung sind demzufolge wichtig für den Prozess des Isomorphismus:

„One is the resting of formal education and of legitimation in a cognitive base produced by university specialists; the second is the growth and elaboration of professional networks that span organizations and across which new models diffuse rapidly.“ (ebd.: 152).

Im Hinblick darauf ist es notwendig zu erforschen, ob die Professionalisierung, die sich durch eine gemeinsame kognitive Basis ergibt, auch zwischen AkteurlInnen unterschiedlicher Organisationen und aus unterschiedlichen Sektoren angleicht. Welche Rolle spielt dieser Aspekt des Isomorphismus für die zivilgesellschaftlichen Organisationen in deliberativen Prozessen?

Vor dem Hintergrund des Isomorphismus sollten in dieser Arbeit die Struktur- und Formanpassungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen untereinander analysiert und weitere, daran anschließende Forschungsfragen formuliert werden.

4.2 Organisationsanalyse, teilnehmende Beobachtung und qualitative Interviews

Um die Zivilgesellschaft als Akteur im deliberativen Prozess der Trialogreihe analysieren zu können, musste zunächst herausgestellt werden, welche Arten von Organisationen eingeladen und ausgewählt wurden. Dies ist vor allem hinsichtlich der Frage der

Repräsentation der Zivilgesellschaft als auch der Professionalisierung der AkteurInnen von Bedeutung.

Ferner wurde durch die teilnehmende Beobachtung an den Diskussionsrunden der Auftritt, die Art und Weise der Teilnahme als auch die Interaktion mit und die Wahrnehmung von AkteurInnen aus den anderen Sektoren erforscht. Seit Beginn der Beobachtung im November 2012 wurde insgesamt an zwölf Trialogen teilgenommen. Zusätzlich wurden die Protokolle der vorausgegangenen acht Trialoge ausgewertet.

Um Fragen der Motivation, des eigenen Rollenverständnis und der Einschätzung und Bewertung der Trialogreihe vonseiten der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zu klären, wurden darüber hinaus qualitative Interviews mit ihnen geführt.

5. Ergebnisse

5.1 Formale Analyse der teilnehmenden Organisationen und AkteurInnen

Zunächst wurde im Rahmen der Erhebung analysiert, welche zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zum Dialog zur Energiewende eingeladen wurden und teilnahmen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es sich um VertreterInnen der organisierten Zivilgesellschaft handelt, was heißt, dass jeweils SprecherInnen für bestimmte Organisationen ausgewählt werden. Im Gegensatz zu den eingangs erwähnten BürgerInnen (der Mikro-Ebene) und den dort möglicherweise anzutreffenden Verhaltensmustern wurde also hier auf die Meso-Ebene rekurriert, auf der innerhalb der Organisationen ein vorher stattgefundenen Meinungsbildungsprozess unterstellt werden konnte. Die AkteurInnen mussten insoweit aus der Position ihrer Organisation sprechen, auch wenn sie gegebenenfalls aus ihrem individuellen Standpunkt heraus andere Schwerpunkte setzen oder Probleme ansprechen würden.³ Die Beteiligung dieser AkteurInnen an dem Prozess war daher auch nicht mit einer allgemeinen Bürgerbeteiligung gleichzusetzen. Nicht spontan artikuliertes Interesse oder persönliche Betroffenheit qualifizierten oder motivierten zur Teilnahme, sondern die konstante Mitwirkung in zivilgesellschaftlichen Organisationen, dazu nicht selten eine Legitimierung durch Beauftragung oder Wahl in eine entsprechende Leitungsposition.

Die Organisationen kommen größtenteils aus einem Teil des Organisationsfeldes, das thematisch zum Gegenstand der Energiewende passt. Teilweise sind zudem Organisationen vertreten, deren Zugehörigkeit zur Zivilgesellschaft im wissenschaftlichen Diskurs bestritten

³ Dies wurde auch im Rahmen der Interviews angesprochen. Die TeilnehmerInnen waren sich daher über ihre Rolle als VertreterInnen ihrer Organisation bewusst.

ist, beispielsweise Gewerkschaften oder kirchliche Einrichtungen. Besonders bei größeren Organisationen kann nicht davon ausgegangen werden, dass die jeweiligen AkteurInnen diese Organisation im Ganzen vertreten. Ferner kann augenscheinlich nicht die gesamte Breite der zivilgesellschaftlichen Arena anwesend sein. Insofern kann nicht von einer repräsentativen Teilnahme der Zivilgesellschaft gesprochen werden, da dieses Feld sowohl in ihren Organisationsstrukturen als auch in ihren Zielen und Ansprüchen zu heterogen ist.

5.2 Ergebnisse der teilnehmenden Beobachtung

Entsprechend der grundlegenden Annahme von Prozessen des Isomorphismus kann als erstes Ergebnis festgehalten werden, dass die Unterschiede im Auftritt der AkteurInnen geringer als prognostiziert sind. Dies wird vor allem mit der zunehmenden Professionalisierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der darauf folgenden Anpassung an Organisationen aus anderen Sektoren erklärt. Wie bereits in Kapitel 3 näher ausgeführt, haben alle AkteurInnen aufgrund der ähnlichen formalen – meist universitären – Ausbildung eine homogene kognitive Basis, was sich natürlich auch auf die Prozesse und Strukturen innerhalb der Organisationen auswirkt. Es konnten keine allgemeinen Defizite vonseiten der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen hinsichtlich rhetorischer Fähigkeiten oder (Fach-)Wissen ausgemacht werden.

Die theoretische Akzeptanz und Wertschätzung vonseiten der AkteurInnen aus anderen Sektoren wird durch die vermehrte Metathematisierung im Rahmen der Dialoge deutlich. So wird wiederholt die Wichtigkeit und Bedeutung der Teilnahme von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen an diesen Veranstaltungen betont. Herauszustellen ist in diesem Zusammenhang auch die Selbstwahrnehmung der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, die oftmals die Zivilgesellschaft im Allgemeinen als etwas Externes beschreiben, obschon sie selbst dieser Gruppe angehörig sind. Die TeilnehmerInnen scheinen sich als VertreterInnen der organisierten Zivilgesellschaft von der nichtorganisierten Zivilgesellschaft abzugrenzen. Bürgerbeteiligung und Partizipation werden in den Diskussionen mehrfach thematisiert und durchweg als wichtige Komponenten für ein Gelingen der Energiewende dargestellt. Dies wird oftmals damit begründet, dass die Energiewende von innovativen Ideen abhängt und diese häufig von den BürgerInnen ausgeht. Ferner sind Privathaushalte und deren Energiebedarf ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Insofern spielt sowohl die Sensibilisierung und Politisierung der BürgerInnen, als auch das spezielle Wissen derselben eine wichtige Rolle. In diesem Kontext findet jedoch keine Selbstidentifikation mit ‚dem Bürger‘ oder ‚der Bürgerin‘ statt. VertreterInnen der Zivilgesellschaft betonen, dass sie selbst „nur die Innensicht“ auf den Prozess der Energiewende haben. Es wird deutlich, dass hier

von einem politischen Mandat seitens der AkteurInnen aus der organisierten Zivilgesellschaft ausgegangen wird.

Diese Unterscheidung zwischen speziellen Fachwissen und breiter Politisierung ist im Rahmen des Dialogs als auch bei den Einschätzungen der AkteurInnen aus der organisierten Zivilgesellschaft ausschlaggebend. Dies kommt auch in den Interviews zum Vorschein (vgl. Kapitel 4.3): Die heterogenen Ausgangslagen der AkteurInnen zeigen sich sowohl eindeutig in der teilnehmenden Beobachtung und lassen sich zudem klar aus den Aussagen der befragten VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft herausstellen. Trotz dieser ungleichen Interessen- und Wissenslage der AkteurInnen besteht jedoch ein Grundkonsens über das Ziel einer gelungenen Energiewende. Dieser Konsens manifestiert sich nicht zuletzt in dem homogenen Organisationsfeld, aus dem der Großteil der teilnehmenden zivilgesellschaftlichen Organisationen stammt.

Als ein weiteres Ergebnis der teilnehmenden Beobachtung kann darüber hinaus festgestellt werden, dass es bei den Veranstaltungen inoffizielle WortführerInnen gibt, die die Diskussion dominieren und dadurch in ihren Strukturen beeinflussen. Da die Ursache für dieses Phänomen nicht im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung erklärt werden konnte, wurden die TeilnehmerInnen in den Interviews dazu befragt (siehe Kapitel 4.3).

Diese WortführerInnen existieren sektorübergreifend. Auch VertreterInnen der Zivilgesellschaft sind mitunter die themenleitenden und -bestimmenden TeilnehmerInnen der Diskussion. Oftmals werden die von ihnen initiierten Themen intensiv und lange besprochen. Hierbei zeigt sich klar, dass es entgegen der angenommenen Thesen keine Probleme vonseiten der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen gibt, die für sie relevanten Inhalte und Gegenstände einzubringen, und meinungsbildend in den Diskussionen mitzuwirken.

Dennoch muss festgehalten werden, dass die Interessenlage innerhalb des zivilgesellschaftlichen Sektors vergleichsweise uneinheitlich ist. Die vertretenen Anliegen der AkteurInnen variieren entsprechend ihrer Organisationen zwischen sehr punktuellen und eher allgemeinen Interessen, was sich auch auf die Diskussion auswirkt.

Einige zivilgesellschaftliche AkteurInnen insistieren oftmals auf sehr spezielle Punkte, selbst wenn es keine inhaltliche Reaktion vonseiten anderer DialogteilnehmerInnen gibt. Häufig werden Partikularinteressen wiederholt erwähnt, auch über mehrere Veranstaltungen hinweg. Dies bestätigt die Hypothese von einem besonderen Engagement und Einsatz vonseiten dieser AkteurInnen.

Das Ziel, dass die eigene Idee oder das eigene Interesse besondere Beachtung findet, ist hier besonders ausgeprägt. Auch im Rahmen der Befragungen wurde deutlich, dass zivilgesellschaftliche AkteurInnen mitunter eine *hidden agenda* mitbringen, und zwar in der Form, dass sie ihr spezielles Anliegen bestimmt einbringen wollen.

Quantitative Daten bestätigen die Beobachtung von einem besonderen Engagement der TeilnehmerInnen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es zeigt sich, dass diese VertreterInnen im Vergleich zu VertreterInnen aus anderen Sektoren am ehesten bereit waren, an mehr als einer Veranstaltung teilzunehmen. Insgesamt nahmen 56,4% wiederholt an Dialogen teil, davon 35,9% an zwei bis vier Veranstaltungen, 15,4% an sechs bis acht Veranstaltungen und 5,1% an mindestens neun Veranstaltungen. Lediglich AkteurInnen aus der Wissenschaft nahmen häufiger an mindestens zwei Veranstaltungen teil, davon jedoch nur 9,1% an mehr als sechs. Am stärksten ist der Kontrast zu den teilnehmenden WirtschaftsakteurInnen. Von diesen nahmen anteilig nur 40,3% an mehr als einem Dialog teil, davon lediglich 6% an mehr als fünf.

Deutlich wird, dass nicht nur die Interessenlage, sondern auch das vorhandene Wissen der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen stark variiert. Dementsprechend verfügen manche dieser AkteurInnen über äußerst konkretes Nischenwissen (beispielsweise hinsichtlich Technik oder Finanzen), was für die anderen DialogteilnehmerInnen mitunter nicht leicht nachvollziehbar ist. Dies wird von ihnen auch kritisch angemerkt, was zudem in den Interviews aufgegriffen wird (vgl. Kapitel 4.3). Die Thematisierung von individuell relevanten Interessen ist bei VertreterInnen der Zivilgesellschaft eindeutig auszumachen, jedoch nicht auf diese zu begrenzen.

Auch die AkteurInnen aus den übrigen Sektoren brachten speziell für sie bedeutsame Inhalte mit in die Diskussion ein. Häufig blieben diese Beiträge im Raum stehen, jedoch nicht ausnahmslos. Vor allen in den Unterdialogen mit einer kleineren und überschaubareren Anzahl an TeilnehmerInnen waren genau diese speziellen Beiträge über bestimmte Individualbelange der Ausgangspunkt für eine kontroverse und kritische Diskussion.

Sowohl in den Diskussionen als auch in den Interviews wurde thematisiert, dass die TeilnehmerInnen der Dialoge vorwiegend aus relativ homogenen Organisationen stammen. Es besteht ein weitgehender Grundkonsens der TeilnehmerInnen, und es wird häufig bedauert, dass AkteurInnen mit strittigen oder grundlegend abweichenden Positionen nicht dabei sind. Dies verdeutlicht auch, dass die Annahme über eine mögliche Außenseiterrolle der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen nicht bestätigt werden kann, da doch eine sektorübergreifende Identifikation und Solidarisierung in Hinblick des gemeinsamen Ziels

einer gelungenen Energiewende vorhanden ist. Die Organisationen, aus denen die TeilnehmerInnen kommen, sind häufig bekannt und angesehen, was oftmals auch auf die AkteurInnen übertragen wird. Da diese mit ihrer Organisation verbunden werden, ist bereits im Vorhinein bei den AkteurInnen aus allen Sektoren eine Identifikationsbasis gegeben. Auch das Wissen über die zunehmende Professionalisierung von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen wirkt sich auf den Umgang mit diesen aus. Dies bedingt einen respektvollen und höflichen Umgang der TeilnehmerInnen untereinander. Allerdings kann gleichzeitig festgestellt werden, dass diese gegenseitige Wertschätzung, Anerkennung und Ernsthaftigkeit relativ neu ist und sich durch ein verhältnismäßig junges Rollenbild einer professionellen, gebildeten und kompetenten Zivilgesellschaft etabliert hat. So erklärte beispielsweise eine Teilnehmerin im Rahmen eines Interviews, dass sie „sehr positiv überrascht [war], mit wieviel Wohlwollen [ihre] Aussagen aufgenommen worden sind“. Dadurch wird deutlich, dass mitunter Erwartungen hinsichtlich der Partizipationsmöglichkeiten und auch -forderungen von anderen AkteurInnen übertroffen werden können.

5.3 Ergebnisse der qualitativen Interviews

Um Einstellungen und Motivation der TeilnehmerInnen herauszustellen, wurden zusätzlich zu der teilnehmenden Beobachtung Interviews mit AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft geführt. Insgesamt wurden neun TeilnehmerInnen umfangreich zu Ihrer Meinung bezüglich der Relevanz der Teilnahme und Partizipationsmöglichkeiten von AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft, der Gesprächs- und Diskussionskultur innerhalb des Dialogs sowie nach möglichen Kritikpunkten und Verbesserungsvorschlägen befragt. Die Interviews fanden entweder in den Pausen oder im Anschluss an die Veranstaltungen statt.

5.3.1 Eigenes Rollenverständnis der AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft

Zunächst waren alle InterviewpartnerInnen von der Wichtigkeit der Teilnahme der AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft überzeugt. Dies wurde einerseits mit der demokratischen Legitimation von Entscheidungsprozessen, der notwendigen Artikulation von Gemeinwohlinteressen sowie mit einem Lernprozess und der Möglichkeit eines Austauschs begründet. Einstimmig wurde geäußert, dass AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft einen wesentlichen Mehrwert für die Debatten darstellten. Dies verdeutlicht das eigene Rollenverständnis der VertreterInnen und widerspricht der anfänglichen Annahme, dass zivilgesellschaftliche VertreterInnen es aufgrund ihrer Unerfahrenheit mit Unsicherheiten zu tun haben. So äußerte sich ein Teilnehmer:

„[...] weil wir natürlich jede Stimme hören müssen, um eine möglichst demokratische Entscheidung zu treffen. Und oft sind die Vertreter aus der Industrie und teilweise aus der Politik auch von bestimmten Interessen und Weltanschauungen getrieben. Und die Frage ist, kann die Zivilgesellschaft auch bestimmte Selbstverständlichkeiten in Frage stellen.“

Die TeilnehmerInnen sind sich also sowohl über ihre Bedeutsamkeit in demokratischen Prozessen als auch über ihr eigenes Fachwissen und ihre spezifische Handlungslogik bewusst. Sie reflektieren ihre Stärken und wissen gleichzeitig um ihr erhöhtes Ansehen von außen aufgrund ihrer Gemeinwohlorientierung. Analysiert man dies im theoretischen Rahmen des Neo-Institutionalismus zeigt sich, dass die Legitimation dieser Organisationen oftmals bereits durch ihre Interessen gegeben ist.

Da von ihnen Belange der Nachhaltigkeit und keine ökonomische Nutzenorientierung erwartet wird, wird ihnen bei einem Thema wie dem Gelingen der Energiewende vermehrt Glaubwürdigkeit geschenkt.

Ferner kann die oben dargestellte Beobachtung eines besonderen Engagements der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen auch mit deren Motivation zur Teilnahme an den Trialogen bestätigt werden. Deutlich werden eine ausgeprägte politische Einsatzbereitschaft sowie der Wille und die Überzeugung, etwas bewegen und ändern zu können:

„[...]man muss Unternehmenslust hier einbringen und auch die Frage, wie man meines Erachtens... Können wir irgendwas Konkretes in der realen Welt hier bewegen? Und nicht nur diskutieren, sondern auch gucken, was man bewegen kann. [...] um dann die Welt irgendein bisschen auf 'ne bessere Schiene zu steuern. Irgendeinen kleinen Teilbereich.“

Darüber hinaus wurde auch die Gelegenheit eines konfrontativen Austausches unter dem Ausschluss medialer Berichterstattung als positiv bewertet:

„[...] also eine Plattform, wo man sich zuhört zunächst mal bevor es in die Konfrontationen geht und dass man Angst hat, dass man medial ausgeschlachtet wird und sowas. Und dafür halt ich dieses Forum für sehr geeignet und die Zivilgesellschaft als institutionalisierte erboxt sich halt unterschiedliche Mitspracheformate, und da halte ich dieses Trialogformat für sehr hilfreich.“

Die Einhaltung der *Chatham House Rules* wurde dementsprechend befürwortet. Dies spricht auch dafür, dass zivilgesellschaftliche Organisationen ebenso in der Öffentlichkeit stehen und Konsequenzen medialer Berichterstattung zu befürchten haben, wie AkteurInnen anderer Organisationen auch.

Hinsichtlich der Frage nach den Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen des Dialogs fällt auf, dass sich alle Befragten einig sind, was die Einbeziehung und Gleichberechtigung der unterschiedlichen AkteurInnen betrifft.

Jede/r der InterviewpartnerInnen war davon überzeugt, auf Augenhöhe und gleichberechtigt mit den anderen AkteurInnen diskutieren und die eigenen Interessen mit einbringen zu können. Dies gilt selbst für diejenigen, die sich bis zum Interview noch nicht aktiv an der Diskussion beteiligt haben. Zudem wurde als positiv befunden, dass es keine dominierenden Sprecherrollen gäbe. Die Antworten auf diese Frage gestalteten sich relativ homogen:

„Aber ich glaube, dass das Format allen die Möglichkeit gibt, ihre Stimme zu äußern.“

„[...]jeder ist hier gleichberechtigt und kann sich einbringen.“

„[...]mein Eindruck ist es einfach, dass jeder Akteur hier gehört wird oder mit einbezogen wird.“

„[...] weil es eine kleine Gruppe ist, die auch sehr aufgeschlossen ist. Insofern könnte man sich schon einbringen, sicherlich.“

„[...] aber soweit ich das beurteilen kann, nehm' ich das auf Augenhöhe wahr, und es ist eine sehr konsensorientierte Runde, die sich gegenseitig zuhört und die nicht von einer dominanten Gesprächsleitung schon in eine Richtung gesteuert wird.“

„Aber für die Frage der Energiewende, ist das gut, weil ich hier auch die Gelegenheit gehabt habe, meine eigenen Ideen einzubringen [...]“

5.3.2 Einschätzung der Gesprächs- und Diskussionskultur

Ausgesprochen positiv standen die Befragten der Gesprächs- und Diskussionskultur innerhalb der Dialogreihe gegenüber. Es wurde befürwortet, dass jede Position eingebracht und diskutiert würde und die Beiträge von hoher inhaltlicher Qualität seien. Zudem wirke sich das Fehlen von Feindseligkeiten unter den TeilnehmerInnen konstruktiv auf die Debatten aus. Die Befragten gingen von einer großen Offenheit der anderen TeilnehmerInnen gegenüber neuen und abweichenden Positionen aus und stellten eine relative große Konsensorientierung von allen Beteiligten fest. Hervorgehoben wurde auch die Lern- und Verhandlungsbereitschaft der DiskussionsteilnehmerInnen:

„Ich glaube... ich hab nicht das Gefühl gehabt, dass es sehr viele Leute da gab, die eine fixe Position hatten, die unbedingt was verteidigen wollten. Ich glaube, dass die meisten Menschen im Raum dazu da waren, um etwas dazulernen und ich auf jeden Fall brachte einige Ideen ein, gestern und heute, die für die anderen wohl neu gewesen sind und die auf reges Interesse vonseiten von einigen Teilnehmern stießen. Die dann später zum Mittagessen oder so zu mir ankamen, mir ihre Karte gegeben haben, mit mir wieder sprechen wollen. Insofern das würde eher suggerieren, dass es große Offenheit gibt für Dazulernen [...]“

„Ich hab’ schon den Eindruck, dass die Personen, die hier teilnehmen, schon an einem Austausch interessiert sind und von daher da schon einen recht offenen Diskurs auch gibt.“

„Es ist schon von der Gruppe eher, hab ich schon so den Eindruck, eher... es gibt schon so hier und da unterschiedliche Einschätzungen zu einzelnen Punkten, aber es ist jetzt nicht so konfliktbeladen.“

Es zeigt sich, dass sich die zivilgesellschaftlichen AkteurInnen innerhalb der Dialoge als anerkannte und wichtige TeilnehmerInnen empfinden. Wie sich bereits herausstellte, kann die These eines mangelnden Kompetenzniveaus weder aus den Beobachtungen heraus noch aus subjektiver Selbsteinschätzung der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen bestätigt werden.

Was kritisch und unterschiedlich bewertet wurde, war die inhaltliche Auslegung der Diskussionen. So beanstandeten manche TeilnehmerInnen, die Diskussionen seien zu breit, andere wiederum waren der Ansicht, dass es häufig thematisch zu speziell sei:

„[...] vielleicht liegt es da dann auch dran, also das ist mein Eindruck, dass dann gleichzeitig die Diskussionen auch sehr breit sind und dass jeder auch die Punkte einbringt, die ihm wichtig sind, aber dann nicht ganz klar sind, ob dann die anderen auch genau zu der Position ‘ne andere Meinung haben oder nicht.“

„[...] es war auf jeden Fall interessant und ‘ne wichtige Diskussion, vielleicht eher, jetzt zum zweiten Teil, vielleicht ein bisschen technisch, fand ich. Also, mir ist wichtig, dass es vielleicht bei der nächsten Runde mehr politisch wird.“

„Aber für so Fragen wie „Wie geht’s weiter mit Europa?“, „Wie geht’s weiter mit unserer Wirtschafts- und als Teil davon unserer Energiewirtschaft?“, das sind nicht nur technische Fragen, das sind vor allem auch politische Fragen, politische Entscheidungen. Und da kann man die tollste technische Variante entwickeln, wenn die erstmal nicht politisch durchsetzbar ist, oder wenn man nicht die richtigen Kontakte hat, dieses technische, diese technische Idee in die Politik zu tragen, wird’s nicht passieren. Also so, man muss das schon immer mitdenken.“

Die oben dargelegte Vielzahl an Interessen, aber auch der Konflikt zwischen Partikularinteressen und breiten, politischen Belangen taucht in den Gesprächen wiederholt auf. So äußern manche TeilnehmerInnen, dass sie gerade keine speziellen Interessen haben, sondern repräsentativ für die Öffentlichkeit arbeiten, da sie an Lösungen interessiert sind, die für alle Gesellschaftsmitglieder aufgehen. Daher wird auch für eine möglichst klare und transparente Ergebnisorientierung in den Debatten plädiert. Diese Forderung deckt sich mit den Umwelterwartungen an zivilgesellschaftliche Organisationen. Im Gegensatz zu VertreterInnen aus anderen Sektoren wird von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen noch am ehesten verlangt, gemeinwohlorientierte Lösungen zu liefern.

Die Heterogenität der Handlungsmuster und Vorstellungen der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zeigt sich auch in der Wahrnehmung über die Existenz möglicher extremer Positionen von DialogteilnehmerInnen:

„[...] es gibt extreme Positionen, die als Gedankenanstrengung erstmal in den Raum gestellt werden [...]“

„Ich glaube, die meisten Menschen, die im Raum waren, waren zentrum-links, zentrum-grün und ja, wie sagt man, reasonable people? [...] Also keine Extremisten eben.“

Die Einschätzungen variieren - je nach organisationalem Hintergrund - deutlich, und dementsprechend auch die Vorstellungen über das Gelingen eines erfolgreichen Dialogs einerseits und das Gelingen der Energiewende andererseits. Den Befragten fällt zudem auch die unterschiedliche individuelle Beteiligung der DialogteilnehmerInnen auf. Dies wird jedoch nicht auf deren Sektorzugehörigkeit zurückgeführt. Zudem geht keiner der Befragten davon aus, dass eine geringe Einbringung in die Diskussion an mangelndem Wissen, Ideen, rhetorischen Fähigkeiten oder Mut läge. Dabei muss jedoch auch erwähnt werden, dass die individuelle Beteiligung ausschließlich nur von denjenigen Befragten thematisiert wurde, die einen großen Redeanteil in den Diskussionen hatten.

„Es gibt Leute, die viel ruhiger waren als andere. Ob das daraus kam, dass sie das Gefühl hatten, dass sie nicht mithalten können, das würde ich bezweifeln. Eher, dass es einfach Leute gibt, die weniger redselig sind als andere. Und ich glaube, die Qualität ist eigentlich sehr hoch. Also es waren da irgendwie keine Leute in dieser Runde, die nicht intelligent, bestens informiert, und so weiter sind.“

„... ich glaube, dass das [*die individuelle Beteiligung*] eine persönliche Geschichte ist, also persönlichkeitsabhängig.“

Die gegenseitige Wertschätzung der TeilnehmerInnen aus der Zivilgesellschaft ist sehr hoch oder wird zumindest als gegeben dargestellt. Dass bei dieser Thematik die soziale Erwünschtheit der Antworten relativ eindeutig ist und auch auf Solidarität und Kollegialität aufbaut, muss dabei mit beachtet werden. Was in diesem Kontext nicht ignoriert werden darf, ist, dass die Befragten dieses Thema selbst aufgegriffen haben, da nicht explizit danach gefragt wurde.

6. Kritikpunkte

Fast durchweg kritisiert wurde von den Befragten, dass VertreterInnen der traditionellen Energiewirtschaft oder allgemein solche, die aus Sicht der BefürworterInnen der

Energiewende konträre Positionen vertreten, am Trialog nicht teilnahmen.⁴ Es wurde angemerkt, dass die wirklichen realpolitischen Fragen aufgrund der Homogenität der TeilnehmerInnen nicht aufkommen. Die Grenzen von möglichen Lagerbildungen verlaufen dementsprechend nicht zwischen VertreterInnen einzelner Sektoren, sondern vielmehr zwischen verschiedenen Einstellungen hinsichtlich der Thematik der Energiewende. Die TeilnehmerInnen identifizieren sich dementsprechend weniger mit anderen AkteurInnen ihres Sektors, sondern vielmehr mit AkteurInnen, die das gleiche Ziel, wenn auch gegebenenfalls andere Instrumente zur Verwirklichung haben:

„ZG: Das Problem ist nur, dass viele relevante Akteure, die eigentlich mit am Tisch sitzen müssten, bei so einem Trialogprozess gar nicht präsent sind, und daher die richtigen Konflikte gar nicht abgebildet werden.“

„ES: Also glauben Sie auch nicht, dass Vertreter aus einem bestimmten Sektor dominieren?“

ZG: Nein! Das glaub ich nicht, wobei wie gesagt, um die Ansicht von vorhin noch einmal zu betonen, einige Akteure sitzen ja gar nicht mit am Tisch.“

Wie oben bereits ausgeführt, zeigt sich hier, entgegen der aufgestellten These von einem besonderen Status der Zivilgesellschaft, dass es vielmehr ein Zusammengehörigkeitsgefühl der AkteurInnen aus verschiedenen Sektoren gibt, da sie nach dem gleichen Ziel streben, wenn auch mit unterschiedlichem Interessenschwerpunkt.

Anhand dieser Kritik der Befragten wird ihr Wunsch nach einem wirksamen, realistischen und greifbaren Ergebnis der Trialogreihe deutlich. Obschon es vonseiten der Moderation wiederholt erläutert wurde, kam die Frage nach dem Nutzen der Diskussionen vermehrt auf:

„Also, welches Ergebnis produziert man, was passiert mit dem Ergebnis dann? Also Diskussions- und Gesprächsrunden wie diese gibt's ja viele. Es ist halt nur eine von sehr vielen. Dies ist zwar relativ prominent angesiedelt, aber dennoch, [...] was bringt es dann? Ist es dann ein Think-Tank, die dann einfach Papiere produzieren [...], oder was kommt am Ende dabei raus? Was passiert damit? Das ist immer die Frage bei solchen Formaten wie diesem hier.“

„[...] Insofern ist es wichtig, dass wir ergebnisorientiert, also theory of change, also... es ist ergebnisorientiert, das heißt, wir wollen das erreichen und im Prinzip wie schaffen wir's dahin?“

Deutlich wird eine klare Zielstrebigkeit vonseiten der AkteurInnen und der Wille, dass die Debatten auch Auswirkungen auf realpolitische Maßnahmen haben.

⁴Den TeilnehmerInnen war dabei nicht bekannt, dass die VertreterInnen der traditionellen Energiewirtschaft wiederholt eingeladen wurden, dieser Einladung jedoch nicht nachgegangen sind.

Darüber hinaus wird dazu angeregt, an einigen Punkten in der Diskussion inhaltlich stärker in die Tiefe zu gehen, auch um zu vermeiden, dass Aussagen unkommentiert und -beachtet im Raum stehen bleiben:

„Also mein Eindruck ist schon, dass es immer noch schwer ist in der Gruppengröße, die man hat, an einer Frage zu diskutieren, sondern es springt dann häufig doch. Also man hat dann nicht wirklich den Austausch von Argumenten zu ganz genau einer Frage, sondern es ist dann oft ein bisschen globaler. Und das fänd' ich, glaub ich, ganz reizvoll, wenn man da an manchen Punkten noch stärker in die Tiefe geht und vielleicht da noch stärker versucht, herauszuarbeiten, gibt's da... gibt's da vielleicht unterschiedliche Positionierungen und woran liegt das? Und ich hab ja vorher gesagt, bisher ist mir das nicht so ganz bewusst geworden, wo diese Konfliktlinien möglicherweise liegen würden.“

Diese Sachlage wird häufig mit der Gruppengröße, insbesondere im Rahmen der Plenumstrialoge, begründet. Die Untertrialoge mit einer wesentlich kleineren Anzahl an DiskussionsteilnehmerInnen wurden durchweg positiver bewertet, da nur in diesem Kontext die Möglichkeit zu einer inhaltlich fundierten Debatte möglich sei.

Auch die oben erwähnte klare Herausbildung von möglichen Konfliktlinien und Forderungen der AkteurInnen aus verschiedenen Sektoren wurde oftmals gefordert.

Dieser Wunsch nach konstruktiven Debatten und der Fokussierung auf Austausch äußern die Befragten wiederholt. Dabei wird beispielsweise auch angeregt, Inputreferate zu Beginn zu verkürzen, da dieses Wissen bereits vorhanden oder zumindest transparent sei. Dies bestätigt auch die oben dargelegte Beobachtung, dass ein Wissens- oder Erfahrungsdefizit der AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft im Vergleich mit den übrigen Beteiligten nicht vorhanden ist.

7. Wissenschaftliche und praktische Anschlussfähigkeit

Aufgrund des beobachteten eigenen Rollenverständnisses der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen und des aktuellen Forschungsstandes fällt auf, dass in der Forschung über zivilgesellschaftliche AkteurInnen in deliberativen Prozessen verstärkt zwischen organisierter und nichtorganisierter Zivilgesellschaft sowie zwischen verschiedenen Arten von Organisationen unterschieden werden muss. Dies wird deutlich, wenn man beachtet, dass die Identifikation der TrialogeteilnehmerInnen mit den BürgerInnen weitestgehend nicht gegeben ist. Das zeigt sich zum einen durch die Selbstzuschreibung und dabei insbesondere durch die starke zunehmende Professionalisierung der AkteurInnen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen. Auch die gegenwärtige Forschung zu bürgerlicher Partizipation bei politischen Maßnahmen wie beispielsweise der Energiewende weist darauf

hin, dass die organisierte Zivilgesellschaft zwar aus der nichtorganisierten heraus entstehen kann (z.B. durch Gründungen von Bürgerinitiativen und Vereinen in Hinblick auf ein spezifisches Projekt), aber auch, dass mit zunehmender Professionalisierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Angleichungsprozessen mit Organisationen anderer Sektoren, andere Forschungsfragen formuliert werden müssen. Diese sollten auch die Art und Entstehung der Organisationen berücksichtigen. Die Heterogenität der Zivilgesellschaft spiegelt sich auch in der Variation der AkteurInnen und Organisationen wider.

So muss zwischen Bürgerinitiativen, die sich auf ein bestimmtes Projekt beziehen, Vereinen, die ggf. daraufhin entstanden sind und größeren Organisationen, die sich für eine Vielzahl an Themen einsetzen und über andere finanzielle und personelle Ressourcen verfügen, unterschieden werden. Dies wird nicht zuletzt durch die diversen Möglichkeiten zur Professionalisierung und Partizipation deutlich.

Zudem zeigt die mehrheitliche Widerlegung der aufgestellten Thesen, dass die Zivilgesellschaft – oder zumindest der Teil davon, der sich im beschriebenen Sinne professionalisiert hat – als Akteur zunehmend Akzeptanz und Glaubwürdigkeit erhält. Die VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen stehen den AkteurInnen aus anderen Sektoren weder in Wissen, Kompetenz oder Professionalität nach, was ihre Zustimmung im Organisationsfeld verstärkt. Ihre gemeinwohlorientierte Handlungslogik ist die Ursache dafür, dass diese vor allem in Themenbereichen, die politisch und gesellschaftlich relevant sind und dementsprechend weitreichende Auswirkungen haben, sicher Legitimität von außen erhalten können.

In Anbetracht dessen müssen neue Fragestellungen formuliert werden, wenn die Zivilgesellschaft als Akteur in deliberativen Prozessen untersucht werden soll. Dass ihre Akzeptanz stark zugenommen hat, wirkt sich auch auf das Verhalten und Handeln der AkteurInnen aus anderen Sektoren aus. Angleichungsprozesse zwischen den Organisationen können dementsprechend neu analysiert werden. Gleichzeitig ändern sich auch die Umwelterwartungen, denen sich die Organisationen anpassen müssen, um Legitimität zu erhalten. Da die Beteiligung der Zivilgesellschaft an Deliberationsprozessen relativ neu ist, ist es naheliegend, dies weiterhin wissenschaftlich zu begleiten, da sich hier gewiss Veränderungen hinsichtlich des eigenen Handelns, aber auch der Wahrnehmung von außen vollziehen.

Hinsichtlich des praktischen weiteren Vorgehens der Dialogreihe, muss die Frage der Repräsentanz der Zivilgesellschaft weiterhin im Auge behalten werden. Zwar kann diese nie

ganz erreicht werden, dennoch sollte eine bestmögliche Annäherung daran angestrebt werden. Dies kann erreicht werden, indem einerseits eine möglichst große Anzahl an Organisationen vertreten sind. Andererseits bleibt in diesem Kontext auch die Problematik bestehen, dass dadurch die wiederholte Teilnahme von bestimmten AkteurInnen an Dialogen nicht mehr, oder zumindest nur noch eingeschränkt möglich ist. Jedoch wirkt sich gerade das positiv auf die Diskussionen aus. Um der oben beschriebenen zunehmenden Anpassung von Organisationen untereinander Rechnung zu tragen, wäre es darüber hinaus anzustreben, zivilgesellschaftliche VertreterInnen aus Organisationen einzuladen, die sich aus Bürgerinitiativen heraus gebildet haben.

Diese haben ggf. noch abweichende Organisationsstrukturen und Handlungslogiken und würden dementsprechend Interessen mit in die Debatte einbringen, die sonst mitunter nicht beachtet werden. So können die dargelegten Vorteile eines Einbezugs der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen weiter ausgebaut und vertieft werden.

Ferner ist es empfehlenswert, die Resultate der Debatten transparent darzulegen, um der Ergebnisorientierung der AkteurInnen der Zivilgesellschaft gerecht zu werden. Dabei soll vor allem die klare Darstellung der Konfliktlinien und Forderungen der AkteurInnen im Mittelpunkt stehen, da dies von den TeilnehmerInnen als Basis für politische Veränderungen angesehen wird.

Literaturverzeichnis

- NN: Akzeptanz für Großprojekte. Eine Standortbestimmung über Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung in Deutschland. (2012) RWE: Düsseldorf.
- DiMaggio, Paul / Powell, Walter (1983): The Iron Cage Revisited. Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. In: American Sociological Review, Vol. 48, Issue 2, S.147-160.
- Gohl, Christopher (2011): Prozedurale Politik am Beispiel organisierter Dialoge. LIT Verlag: Berlin.
- Johnson, Steven (2013): Wo gute Ideen herkommen. Eine kurze Geschichte der Innovation. Scoventa Verlag: Bad Vilbel.
- Kirchner, Stefan (2012): Wer sind wir als Organisation? Organisationsidentität zwischen Neo-Institutionalismus und Pfadabhängigkeit. Campus Verlag: Frankfurt am Main.
- Marg, Stine/Hermann, Christoph/Hambauer, Verena/Becké, Ana Belle (2013): „Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin“. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende. In: Walter, Franz et al.: Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Rowohlt: Reinbek.
- Meyer, John W./Rowan, Brian (1977): Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony. In: American Journal of Sociology, Vol. 83, No. 2, S. 340-363.
- Renn, Ortwin (2013): Partizipation bei öffentlichen Planungen. Möglichkeiten, Grenzen, Reformbedarf. In: Keil, Silke I./Thaidigsmann, S. Isabell (Hrsg.): Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung. Springer VS: Wiesbaden, S. 71-96.

Reihe Opuscula (Auszug)

Kostenfreier Download unter www.opuscula.maecenata.eu

2010	Nr. 45	Erfolgskritische Governancestruktur in Netzwerken <i>Alexander Freiherr v. Strachwitz</i>
	Nr. 46	Transparenz in der Zivilgesellschaft <i>Rupert Graf Strachwitz</i>
2011	Nr. 47	Zivil-militärische Zusammenarbeit in Krisengebieten Aktuelle Forschungsergebnisse mit zivilgesellschaftlichem Fokus <i>Andreas Werner</i>
	Nr. 48	Der neue Bundesfreiwilligendienst Eine kritische Bewertung aus Sicht der Zivilgesellschaft <i>Rupert Graf Strachwitz</i>
	Nr. 49	Die Legitimität von Stiftungen und philanthropischem Handeln Eine theoretische Annäherung an den Fallbeispielen Bertelsmann Stiftung und The Giving Pledge <i>Carolin Häberlein, Johannes Nssler und Stefanie Vorberger</i>
	Nr. 50	Empirische Studien zur Zivilgesellschaft Stiftungen, Bibliotheken, Internet <i>Rainer Sprengel</i>
	Nr. 51	Massenverfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht Versuche der Revision von Rechtsnormen durch Burgerinitiativen <i>Christian Schreier</i>
	Nr. 52	Quo vadis Deutschlandstipendium Studie zur Spenden- und Stipendienkultur in Deutschland <i>Michael Beier</i>
	2012	Nr. 53
Nr. 54		Zivilgesellschaft und Integration Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Integrationsbegriff und der Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements – drei Fallbeispiele <i>Karsten Holler, Thomas Pribbenow und Stefan Wessel</i>
Nr. 55		Der Armutsdiskurs im Kontext der Zivilgesellschaft Drei Studien über Wirkungsmessung und Wahrnehmung als Erfolgsfaktoren <i>Markus Edlefsen, Johanna Mielke und Marius Mühlhausen</i>
Nr. 56		Das philanthropische Netzwerk und sein Stellenwert für die Stadtentwicklung <i>Colin Beyer</i>
Nr. 57		Burgerengagement zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation Die Wirkung des bundespolitischen Burgergesellschaftsdiskurses auf die Etablierung einer deutschen Engagementpolitik <i>Daniela Neumann</i>
Nr. 58		Chinas philanthropischer Sektor auf dem Weg zu mehr Transparenz <i>Dorit Lehrack</i>
Nr. 59		Zweifelhafte Autonomie Zur Orientierung gemeinnütziger Organisationen an sozialen Investitionen. Eine neoinstitutionalistische Perspektive. <i>Marius Mühlhausen</i>
Nr. 60		Für das Gemeinwohl? Politische Interessenvermittlung durch Stiftungen: eine organisationstheoretische Analyse der Legitimität <i>Marisa Klasen</i>
Nr. 61		Stiftungen als aktiver Teil der Bürgergesellschaft Von Nutzen und Nachteil der Stiftungen für das politische und gesellschaftliche Leben in Deutschland <i>Herfried Münkler</i>
2013		Nr. 62
	Nr. 63	Formen sozialer Ordnung im Vergleich: Hierarchien und Heterarchien in Organisation und Gesellschaft <i>Julia Dreher</i>
	Nr. 64	Kooperationen und die Intention zum Wir Ansätze einer kooperativ-intentionalen Handlungstheorie <i>Katja Hintze</i>

URN: urn:nbn:de:0243-092013op659

ISSN (Reihe Opuscula) 1868-1840